

Hendrik Auhagen: (mail-adresse: hendrik.auhagen@gmx.de)

8 Thesen zur Parallelökonomie

Definition: Parallelökonomie bedeutet die Entwicklung alternativökonomischer Grundversorgungsstrukturen in einzelnen Regionen PARALLEL zur vorherrschenden EU-Ökonomie, die unter dem Vorzeichen freier Märkte steht und in der sich Produzenten gegen einen weitgehend globalisierten Markt behaupten müssen

1. Die EU befindet sich in einer Dilemma-Situation: Weder wird die neoliberale EU es schaffen, dem abgehängten Drittel der EU-Bevölkerungen eine ökonomisch befriedigende Existenz zu verschaffen. Noch wird es mittelfristig einer wie auch immer gearteten Alternativbewegung gelingen, die neoliberale Globalisierungsökonomie als Ganze in die Knie zu zwingen!
2. Es gibt insbesondere in den Krisenländern eine Vielzahl von alternativökonomischen Graswurzelinitiativen. Aber ohne politisch-ökonomische Unterstützung der regionalen Gebietskörperschaften (Landes-, Regional- oder Kreisregierungen und Verwaltungen) können sie keine auf Dauer für viele Menschen gut lebbare Alternativökonomien schaffen.
3. Damit ein zumindest schlicht-komfortabler materieller Grundlebensstandard in den regionalen Grundversorgungsökonomien hergestellt werden kann, brauchen diese (neben der Zur-Verfügungstellung von Flächen und Infrastruktur) auch einen Grundstock an regelmäßigen Transferzahlungen von der EU oder den Staaten
4. Damit die arbeitsintensiver hergestellten regionalökonomischen Produkte auch abgesetzt werden und regionale Kreisläufe von Produktion und Konsum funktionieren, können Regionalwährungen ein wichtiges Instrument sein.
5. Das Aufheben des ausdrücklichen EU-Verbots der Bevorzugung von regionalen Produkten und der Einführung von Regionalwährungen sowie die Einforderung von Transferzahlungen sind nur durch einen großangelegten politischen Konflikt durchsetzbar – ein heftiger politischer Konflikt, aber nicht mit der Illusion der Unterwerfung der Gegenseite, sondern zur Erreichung eines Kompromisses: Gewährung eines großen regionalökonomischen Nischenraums als Gegenleistung für die Stabilisierung der EU-Rahmenstrukturen.
6. Für den nicht auszuschließenden Fall eines Zusammenbruchs der Globalisierungsökonomie droht die Gefahr von Bürgerkriegen um knappe Ressourcen und andere Rückfälle in die Barberei. So etwas kann nur verhindert werden, wenn es dann bereits funktionierende regionale Grundversorgungsstrukturen als Auffanglinien und Alternativen gibt. Darum ist der Aufbau regionaler Grundversorgungsökonomien auch eine Investition in Krisenresilienz und in eine friedliche Zukunft.
7. Gerade die sich entvölkernden Peripherien (abgehängte Randgebiete) bieten die Chance für ein selbstbestimmtes, ökologisch-verträglicheres und tatsächlich „urbanes“ Leben, gerade für die Menschen, die sich insbesondere die Mieten und die ökologischen Zumutungen der Ballungsgebiete nicht leisten können und wollen. Darum kann der Wiederaufbau von Grundversorgungsstrukturen in den abgehängten Gebieten auch ein Angebot für einen praktischen Schritt JETZT in ein anderes besseres Leben bieten – anstelle des Wartens auf eine Großveränderung in fernen Zeiten.

8. Auch der Kapitalismus hat einst als Parallelökonomie innerhalb des Feudalismus angefangen, der weitgehend von (sehr wenig effektiven) Selbstversorgungsstrukturen und nur gering entwickelter Geldwirtschaft sowie Ausbeutung durch Grundherren gekennzeichnet war. Die kapitalistische Parallelökonomie hat sich erst schrittweise in der Gesamtgesellschaft durchgesetzt. Ähnlich könnte auch ein Transitionspfad WEG vom Kapitalismus aussehen, nämlich dass mit kapitalistischen Krisen immer mehr Menschen dieser bisher herrschenden Ökonomie den Rücken kehren und allmählich oder plötzlich sich die Gewichte verkehren.

Das Konzept „Solidarische Regionalökonomien“ als Schritt auf dem Weg zu einem Europa von Unten!

Graswurzel-Initiativen solidarischer Ökonomie gibt es zehntausendfach in Europa, insbesondere in den Krisenländern und in „abgehängten“ also sterbenden Regionen. Und es gibt das Ziel einer langfristigen Transformation der europäischen Ökonomie hin zu Solidarität, ökologischer Nachhaltigkeit und Befreiung vom Wachstumszwang. Das „Missing Link“, das fehlende Verbindungsstück, zwischen individuellen Initiativen und Gesamtveränderung könnte das Konzept regionale Parallelökonomie sein. Nämlich das aussichtsreich erkämpfbare Ziel, dass Teilstaaten (wie Landkreise, französische Regionen oder deutsche Bundesländer ...etc.) das heute noch von den EU-Verträgen verweigerte Recht bekommen, eine regional orientierte Grundversorgung mit Lebensmitteln, Energie, Wohnraum, Gesundheit, Verkehr unabhängig von den EU-Regeln zu organisieren. Also zum Beispiel mit Erwerbslosen auf brachliegenden Flächen für die Region zu produzieren und das mit öffentlichen Geldern, Abnahmegarantien und möglicherweise Regionalwährungen abzusichern.

Dies könnte den vielen Initiativen einen enorm erweiterten Handlungsspielraum und vielen prekär lebenden Menschen selbstbestimmte Arbeit und Grundversorgung bieten. Für die Realisierung gibt es ein offenes Fenster: Die Angst der EU-Eliten vor Populismus und Zerfall der EU als Ganzem, wenn die soziale Frage in Europa nicht gelöst wird. Soziale Wünschbarkeit und politische Machbarkeit perspektisch miteinander zu verbinden, ist der Anspruch dieses Vortrags.

Hendrik Auhagen wohnt in Konstanz und war Mitglied der ersten Grünen Bundestagsfraktion und dabei im Wirtschaftsausschuss und der Europakommission, seit 2003 bei Attac erst in der Bahnkampagne und dann von 2008-11 Mitglied des Attac-Koordinierungskreises.